Information der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 13 · Februar 1972

Wie geht es weiter?

Das Jahr 1972 wird für die Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik wiederum ein Jahr der sozialen Unsicherheit werden. Alle Beobachter der Entwicklung in der BRD stimmen darin überein, daß die Wirtschaft des Landes sich gegenwärtig in einer Abschwungphase des Konjunkturzyklus befindet. Exakte Prognosen können natürlich nicht gegeben werden, da vor allem die Auswirkungen der internationalen Verflechtungen nur sehr schwer zu kalkulieren sind. Was die Lage der Arbeiterklasse betrifft, so kann man jedoch schon heute sagen, daß sie unsicherer werden wird.
Eine Bestätigung dafür ist die Tatsache der Kurzarbeit in der Automobilindustrie.

Existenzangst

Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes ist also eine der großen Sorgen des westdeutschen Arbeiters. Im vergangenen Jahr ist die Beschäftigungszahl der Industriearbeiter in der Bundesrepublik um mehr als 200 000 zurückgegangen. Das ist zwar bei bis dahin 6,5 Millionen Industriearbeitern nur ein Prozentsatz von 3,1 Prozent. Aber der psychologische Druck auf die Arbeiter, der durch eine solche Entwicklung ausgeübt wird, läßt sich in Zahlen gar nicht ausdrücken. Es ist genau der Druck, der sich schließlich in eine allgemeine Existenzangst verwandelt.

Fast alles wurde teurer

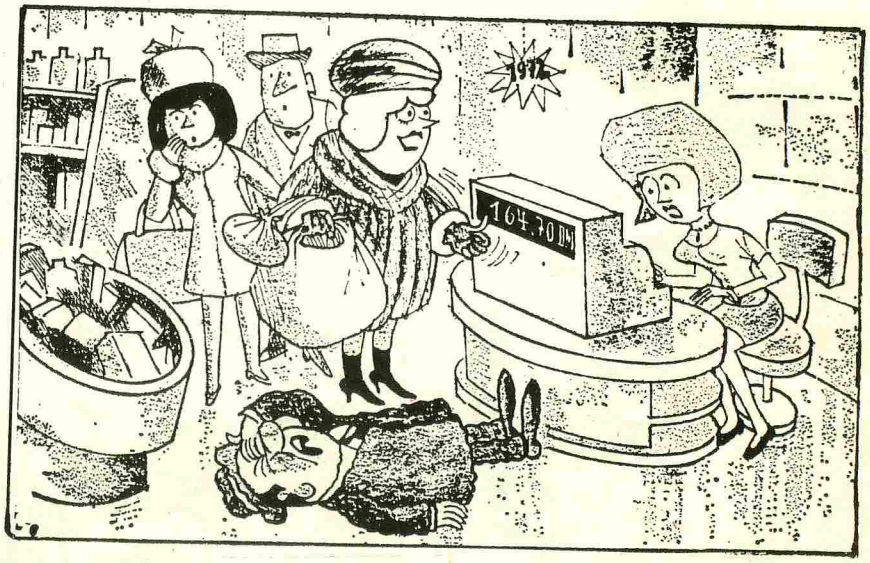
Im vergangenen Jahr sind von 500 durch die amtliche Statistik in Hessen erfaßten und beobachteten Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs 94 Prozent in ihrem Preis erhöht worden, während nur 3 Prozent sich im Preis ermäßigten und ebenfalls nur 3 Prozent stabil blieben.

Bei den Nahrungs- und Genußmitteln sind die Preise für Brot- und Backwaren um 14,3 Prozent gestiegen; die Preise für Rindfleisch um 8,9 %, Hammelfleisch um 8,1 %, Kalbfleisch um 5,2 %, Seefisch um 14,6 %, Eier um 16,7 %, Milch um 10,6 %, Butter um 6,5 %, Margarine um 8,6 %, Kokosfett um 12,5 %, Pflanzenöl um 13,4 %, Fruchtsäfte um 10,4 %, Mineralwasser um 13,1 %, Flaschenbier um 8,2 %, Weißkohl um 12,5 %, Wirsingkohl um 16,8 %, Rotkohl um 11,2 %, Mohrrüben um 15,9 %, Kopfsalat um 8,6 %, Tomaten um 8,4 %, Äpfel um 12,2 %.

Man könnte diese Liste der teurer gewordenen Lebensmittel noch lange fortsetzen.

Bei Textil- und Lederwaren gab es Preiserhöhungen bis zu 23,5 %.
Von den 88 in der Statistik aufgeführten und in ihrer Preisentwicklung beobachteten Waren aus Textil und Leder sind 87 teurer geworden.
Keine einzige Verbilligung gab es bei Möbeln. Hier sind Preissteigerungen bis zu 8,3 % (für ein Bett) zu verzeichnen.
Ebenso verhält es sich bei Haushalts-, Eisen-, Porzellan- sowie elektrotechnischen Waren. Alle 69 aufgeführten Waren haben sich im Jahre 1971 verteuert.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Er war lange nicht einkaufen

(Fortsetzung von Seite 1)

Ebenfalls verteuerten sich die Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Geräte sowie das entsprechende Zubehör.

Alle Positionen des Kraftfahrzeugzubehörs stiegen im Preis, eine Autobatterie beispielsweise um 9,1 Prozent.

Mieten

Besondere Verteuerungen ergaben sich auch für das Wohnen. Die Mieten stiegen erneut um bis zu 7,3 %. Die Kohlen verteuerten sich um bis zu 11,8 %.

Auf dem Gebiet der Dienstleistungen, der öffentlichen Tarife und der Gebühren gab es z. T. sehr erhebliche Preissteigerungen.

Wie wird das Jahr?

Der Arbeiter und Angestellte in der BRD muß schon heute damit rechnen, daß im Verlauf des neuen Jahres die Preise ebenso ansteigen werden, wie hier für das alte Jahr aufgeführt. Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller hat zwar erklärt, die Preissteigerungsrate werde in diesem Jahr bei 4 % liegen.

Aber die kapitalistische Praxis sieht immer anders aus. Zu Beginn des vergangenen Jahres versicherte der Minister, man werde die Teuerungsrate auf ca. 1–2 % herunterdrükken. Was sich tatsächlich jedoch ereignete, das ist an den oben aufgeführten Zahlen abzulesen. Die Arbeiterklasse muß sich deshalb mit ihren Gewerkschaften auf harte Klassenauseinandersetzungen vorbereiten.

Hier finden Sie die DKP

Selbstverständlich können Sie uns jederzeit anrufen, wenn Sie ein Problem haben

3335
Heinz Hechler

3166
Rudolf Dötsch

2362
Rudi Hechler

3322
Sofie Haag

KALTER KRIEG im Schulbuch

Noch immer lebt der Geist des kalten Krieges in der westdeutschen Schulbuchliteratur. Noch immer sind viele Seiten in Lehrbüchern für Deutsch, Geschichte und Sozialkunde geeignet, Nationalismus, Neonazismus, Antikommunismus und Revanchedenken gegen die sozialistischen Länder zu erzeugen. Diese Tatsache steht im schärfsten Gegensatz zum Ziel der Ostverträge.
Um dieses zu belegen, gebe ich hier einen kurzen Abriß aus zwei Schulbüchern, die in der Gesamtschule Mörfelden als Beispiel in der Klasse 6a an die Schüler ausgegeben werden.

Fahr mit in die Welt, Ausgabe II, Europa und Sowjetunion, gedruckt 1962, Verlag Diesterweg.

Seite 79, zu CSSR

„Das Dorf hieß Koßlau. Es liegt 80 km von der deutschen Grenze entfernt im Kreis Karlsbad, Bezirk Postdam. Seine deutschen Bewohner wurden 1945 ausgesiedelt, bis auf zwei Familien. Während der zehn Jahre sind die meisten Häuser verfallen, die Zäune und Scheunen vermorscht, die Straßen versumpft. Vom Winde hergewehter Samen hat sich in den Gärten in wildes Gestrüpp verwandelt, die Gräber auf dem Friedhof sind unter Brennesseln nicht mehr zu erkennen. Seit 1945 hat die fensterlose Kirche keinen Pfarrer mehr gesehen."

Seite 80, zu Polen
Polens Grenze nach 1945

„Vergleiche die Skizze mit Deiner Landkarte und notiere Dir die deutschen Landesteile, die heute unter polnischer Verwaltung stehen. Die Bundesrepublik hat diese Grenzen niemals anerkannt, vielleicht weißt Du, wie es zu dieser unglücklichen Regelung kam?"

„Auch Polen gehört zu den Satellitenstaaten der Sowjetunion. Das Ackerland, das bis 1945 vorwiegend in der Hand von Großgrundbesitzern war, soll nach sowjetrussischem Vorbild aufgeteilt und in Gemeinbesitz übergeführt werden. Allerdings weigern sich die polnischen Kleinbauern gegen diese Reform. Die Großgrundherren werden enteignet, aber die Kolchosen bearbeiten erst einen geringen Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche."

Seite 86

„Vergleiche Leben und Besitzverhältnisse in einem Dorf Deiner Heimat mit einer sowjetischen Kolchose."

„Deutsches Dorf – freier Bauer
sowjetische Kolchose – Genossenschaftsbauer."

Erkunden und erkennen, Erdkunde I, Druck 1966, Schroedel Verlag
In diesem Buch liest man folgende Schlagworte (im normalen Text fettgedruckt):

„Eiserner Vorhang, Oder-Neiße-Linie, die Mauer, sowjetisch besetzte Zone Deutschlands, deutsche Ostgebiete, Sperrgürtel der sowjetischen Besatzungszone mit Skizze und Einzelheiten . . ."

Wenn wir uns diese im Umlauf befindlichen Schulbücher genauer ansehen, finden wir noch eine ganze Menge ähnlicher Beispiele, die geeignet sind, das Gespenst des kalten Krieges und der Adenauer-Ära, der CDU/CSU-Hetze in unseren Kindern weiterleben zu lassen.

Wir wenden uns deshalb an Schüler, Eltern und Lehrer: Nehmt Einfluß auf die Gestaltung von Schulbüchern und die Zulassungsverfahren!
Fordert, daß alle Gutachten für Schulbücher veröffentlicht werden! Kämpft dafür, daß alle reaktionären Richtlinien (Totalitarismus und Empfehlungen zur Ostkunde) aus der Zeit des kalten Krieges endlich vom Tisch kommen!

Peter Berz, Langstraße 13

Ihre Drucksachen erhalten Sie natürlich ohne den „Druckerdaumen" in hervorragender Qualität!

SCHOLL & KLUG

Buchdruck, Offsetdruck

6082 Mörfelden

Heinrichstraße 7

Telefon 0 61 05 / 35 60

Warum ging Löber auf die Palme?

Vor kurzem verabschiedeten Mörfeldens Stadtväter den Nachtragsetat. Es wurde sichtbar: es gibt weniger Landesmittel, die Verschuldung wächst, Gebührenerhöhungen sind geplant.
Das wird zwar allgemein bedauert, aber außer den beiden Kommunisten im Stadtparlament, nennt niemand die Ursachen der Finanzmisere. Im Gegenteil: als Artur Siegel meinte, man müsse der Bevölkerung sagen warum Schulden gemacht werden, ging SPD-Löber auf die Palme! Das wäre „große Politik", behauptete er. Wir meinen, es gibt keine Trennung zwischen „großer" und „kleiner" Politik. „Die da oben" können nicht machen, was sie wollen" wenn von „unten" kräftig protestiert wird.

Warum Verschuldung?

Die Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien vermeiden auch im Stadtparlament, die Ursachen der katastrophalen Finanzsituation der Städte aufzudecken. Die DKP nennt die Dinge beim Namen. Die Finanzkrise der Städte, die sich u. a. darin ausdrückt, daß die Verschuldung allein im letzten Jahr um den Rekordbetrag von 6,9 Milliarden DM gewachsen ist, hat ihre Ursache darin, daß in unserem Land die Interessen der Städte und ihrer Bürger den Gewinninteressen des Großkapitals und der militärischen Aufrüstung untergeordnet sind.

Die Städte und Gemeinden haben nahezu zwei Drittel aller zivilen Investitionen zu tragen, sind aber nicht einmal mit 11 Prozent am Gesamtsteueraufkommen beteiligt. Zur gleichen Zeit werden rund 30 Pf von jeder Mark Steueraufkommen für die Aufrüstung hinausgeworfen, werden den Großunternehmern Subventionen und Steuergeschenke in Höhe von vielen Milliarden DM gegeben. Die Kassen der Städte aber werden zusätzlich ausgeplündert durch die Bodenspekulation, durch von Unternehmern hervorgerufene Preissteigerungen. Großkapitalistische Schmarotzer nehmen das weg, was für die Belange der Bürger erforderlich ist.

Es waren die CDU/CSU-Regierungen, die diese Entwicklung eingeleitet und vorangetrieben haben. Soll den Städten und ihren Bürgern geholfen werden, dann muß mit diesem Kurs Schluß gemacht werden. Die Einführung einer Art Bürgersteuer, Erhöhung der Massensteuern, wie sie vom Präsidenten des deutschen Städtetages, Koschnik (SPD), vorgeschlagen werden und die — ungeachtet eines Dementis — auch von Finanzminister Schiller geplant sind, sind kein Ausweg. Sie wälzen alle Lasten auf die werktätige Bevölkerung ab. Sie treiben Teuerung und Geldentwertung weiter. Solche unpopulären und die Bevölkerung schädigenden Vorhaben und Maßnahmen, auf die das Großkapital drängt, sind dazu angetan, der CDU/CSU, der Hauptpartei des Großkapitals, auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen des Jahres 1973 Spielraum für soziale Demagogie und Möglichkeiten der Verstärkung ihres Einflusses unter der Bevölkerung zu geben.
Die Deutsche Kommunistische Partei, die — wie in den Thesen ihres Düsseldorfer Parteitages erneut unter Beweis gestellt — einzige Partei in der Bundesrepublik, die ihre Politik nicht an den Interessen des Großkapitals, sondern der arbeitenden Bevölkerung ausrichtet, hat Vorschläge dafür, wie die Finanznot der Städte überwunden werden kann.

Die DKP fordert:

- Der Anteil der Städte und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen muß zunächst auf 18, dann auf 20 Prozent und später dynamisch erhöht werden.
- Damit mehr Mittel für die Gemeinden freiwerden, keine Belastung der werktätigen Bevölkerung, sondern:

  Veränderung der Ausgabenstruktur beim Bundesetat;

  jährliche Senkung der Rüstungsausgaben um 15 Prozent, zunächst bis zur Halbierung.

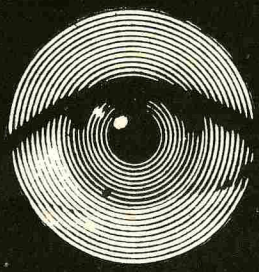
  Beseitigung der Steuerprivilegien und Subventionsgeschenke für das Großkapital und die Konzerne,

  Unterbindung der Steuerflucht.
- Befreiung der öffentlichen Verkehrsbetriebe sowie der kommunalen Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke von der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer.
- Zur Stärkung ihrer Investitionskraft müssen die Städte und Gemeinden eine erste Investitionshilfe von mindestens 4 Milliarden DM vom Bund erhalten.
- Um die Städte und Gemeinden von ihren hohen Schulden zu entlasten, sollen der Bund 20 Prozent und die Länder 10 Prozent der kommunalen Schulden übernehmen.
- Krediterleichterungen für die Städte und Gemeinden durch Zinshilfen, verbilligte oder zinslose Bundes- und Landesdarlehen.
- Abbau des Systems der Finanzzuweisungen. Ersatz aller sachlichen und personellen Aufwendungen für die Aufträge und Weisungen des Bundes und der Länder.
- Großkapitalistische Unternehmen — Betriebe, Warenhäuser, Versicherungs-Konzerne und Banken — sind durch eine Umlage zur Deckung der Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, für verkehrspolitische Zukunftsaufgaben, für Maßnahmen des Umweltschutzes, für den Bau von Kindergärten heranzuziehen.
- Ein neues Bodenrecht muß die Möglichkeit eröffnen, jegliche Bodenspekulation zu unterbinden.
- Senkung der Gewerbesteuer für Handwerker, Einzelhändler, freie Berufe, Klein- und Mittelunternehmen und den übrigen Mittelstand, nicht jedoch für Großunternehmen und Konzernbetriebe.

Die DKP schlägt der werktätigen Bevölkerung, allen dem Volk verbundenen Stadt- und Gemeindevertretern vor, für diese und ähnliche Forderungen gemeinsam zu wirken.

Es ist Zeit, daß die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker ihre Dulderrolle gegenüber den Parteifreunden am Rhein aufgeben. Auch vom Stadtparlament muß der Protest gegen die gemeindefeindliche Bonner Politik ausgehen.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Skandalös

Auch in der letzten Stadtverordnetensitzung im verflossenen Jahr stand wieder ein SDO-Antrag auf der Tagesordnung. Bürgermeister Bachmann mußte außerdem noch vier schriftlich eingereichte Anfragen unserer Fraktion beantworten. Einmütig stimmten alle Stadtverordneten, wie von der SDO beantragt, nicht nur gegen den geplanten Truppenübungsplatz zwischen Walldorf und Zeppelinheim, sondern auch gegen jede militärische Einrichtung in unserem Ballungsraum Rhein-Main.
Aber solche einstimmig gefaßten Beschlüsse dürfen keine Lippenbekenntnisse bleiben.
Folgerichtig befaßte sich auch die erste Anfrage der SDO mit dem schon bestehenden Munilager zwischen Mörfelden und Langen, nahe der B 486. Bereits vor einem Jahr, am 22. 12. 1970, forderten die Stadtverordneten von Mörfelden, gemäß einem SDO-Antrag, die Auflösung des amerikanischen Munitionslagers zwischen Mörfelden und Langen. Wie schon in früheren Ausgaben des „blickpunkt" berichtet, muß angenommen werden, daß unmittelbar vor unserer Haustür atomare, chemische und bakteriologische Massenvernichtungsmittel lagern. Der Kampf um die Beseitigung dieses Pulverfasses muß mit aller Schärfe weitergeführt werden.
Wie Bürgermeister Bachmann auf unsere Anfrage berichtete, wurden seinerzeit die zuständigen Ministerien, der Regierungspräsident und der Landrat angeschrieben. Nach einem Jahr ist von dort noch keine Antwort gekommen. Das ist gelinde ausgedrückt ein Skandal. Man kann also nicht gerade behaupten, diesen Stellen würde das Wohl der Bevölkerung sehr am Herzen liegen, zumal gleiche Proteste auch von den Stadtverordnetenversammlungen von Walldorf, Langen und Egelsbach gefaßt wurden.

Unverständlich

Die zweite Anfrage befaßte sich mit der geplanten Erhöhung der Kindergartenbeiträge. Wenn auch unserem Bürgermeister diese Anfrage „unverständlich" war, so glauben wir, daß uns die mehr als 300 Eltern, deren Kinder in Mörfelden einen Kindergarten besuchen, sehr gut verstehen.
Bürgermeister Bachmann hatte bereits vor dem Angelsportverein aus der Schule geplaudert und von einer Gebührenerhöhung von jetzt 30,– DM auf 43,– DM gesprochen. Wir meinten, das gehöre zuerst vor die Stadtverordnetenversammlung. Wir sagen es hier ganz klar, daß wir gegen eine Erhöhung dieser Gebühren sind. Es ist nicht einzusehen, daß im schulischen Bereich Gebührenfreiheit besteht, diese aber im vorschulischen Bereich, also bei den Kindergärten verwehrt wird. Nicht Erhöhung der Gebühren, sondern deren allmählicher Abbau ist anzustreben.
Wir wissen, daß die Städte und Gemeinden verschuldet sind und auch die Stadt Mörfelden nicht weiß, wie sie die wichtigsten Vorhaben realisieren soll. Als einzigen Ausweg sehen SPD, CDU und FDP die Erhöhung der Gebühren. Wir sind anderer Meinung. Als Artur Siegel im Stadtparlament darauf aufmerksam machte, daß die Bundesregierung ihrer Verantwortung gegenüber den Gemeinden nicht nachkommt, riefen sie alle: „Das gehört nicht hierher". „Das ist Bundespolitik." „Geht nach Bonn." Aber welche Parteien sind denn in Bonn vertreten? Wo ist der Bürgermeister, wo sind die SPD-, CDU-, FDP-Stadtverordneten, die offen die falsche städte- und gemeindefeindliche Politik der Bundesregierung, die ungeheuren Rüstungslasten und die Riesengewinne des Großkapitals verantwortlich machen für die katastrophale Lage der Kommunen?

Rodelbahn

Mörfelder Kinder suchen immer noch vergebens nach der bereits versprochenen Rodelbahn.
Zum wiederholten Male wurde die SDO bei der Stadt vorstellig. Aber die Antwort des Bürgermeisters fiel spärlich aus.
Jeder will zwar die Idee zur Errichtung einer Rodelbahn zuerst gehabt haben.

Bürgermeister Bachmann: „Das haben wir schon lange vorgesehen."

Oberförster Dammel: „Das mit der Rodelbahn war eigentlich mein Gedanke."

Aber nichts geschieht.

Vom Bauamt wurde bereits eine Zeichnung angefertigt. Nach dem Motto: „Und da machen wir erst einen Plan."
Auch der Oberförster hat tausend Ausreden.

„Bei Aufschüttungsarbeiten wird der Wald verfahren."
„Die paar Bäume (und es sollen wirklich nur wenige sein) können jetzt nicht geschlagen werden, da die Marktlage ungünstig ist."

Wir sagen hierzu nur: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Sind Sie schon UZ - Leser?

Schlittschuhbahn

Ähnlich verhält es sich mit einer Eisbahn. Immer mehr Kinder fahren ins Frankfurter Stadion und müssen bei der frühen Dunkelheit durch ▷

den Stadtwald zum Bahnhof Sportfeld laufen.
Bei uns gibt es schon seit Jahren keine Gelegenheit mehr, diesen schönen Sport zu betreiben, da die Bäche nicht mehr zufrieren und die Wiesen nur noch ganz selten Eisflächen aufweisen.
Die zugefrorenen Baggerseen sind für den Eislauf ungeeignet, da sie eine zu große Gefahr für Kinder und Erwachsene darstellen.
Wir wissen alle, daß man mit geringen Mitteln bei Frosttemperatur eine Natureisbahn schaffen kann, wie dies in anderen Städten und Gemeinden schon praktiziert wurde.

Ein Vorschlag

Im letzten „blickpunkt" schrieben wir über die Juden in Mörfelden. Darauf erreichten uns viele zustimmende Stellungnahmen. Darunter gibt es **einen** Vorschlag, in Mörfelden eine Gedenktafel anzubringen, die für alle Zeiten an unsere ehemaligen jüdischen Mitbürger erinnert.

„Ausgezeichnet"

Unter dieser Überschrift brachte „-khk-" folgende Zeilen im „Freitags-Anzeiger":

„Ein neuer Stil wird in den letzten Wochen von Bürgermeister Kurt Bachmann im Stadtparlament praktiziert. Mehr Informationen, heißt seine Parole, und in der Tat ist es erstaunlich, was sich Mörfeldens Stadtoberhaupt oft für eine Arbeit macht, um Parlamentarier und Öffentlichkeit gründlich zu unterrichten."

Aber „-khk-" vom Freitagsblatt ist das Licht noch nicht aufgegangen, oder er will es nicht sehen.

Das, was er als den guten neuen Stil des Bürgermeisters hinstellt, ist die Betriebsamkeit der beiden, wie er sie immer nennt, „prokommunistischen" SDO-Abgeordneten Hechler und Siegel.
Denn ohne Anfragen keine Antworten. Wir fragen uns, was hätte der Bürgermeister zu berichten, wenn die SDO nichts fragen würde?
Oder, wie trist wäre es erst in den Stadtverordnetensitzungen, wenn dies nicht geschähe.

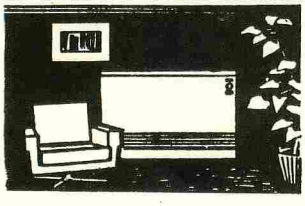
In zwei Sitzungen sechs schriftliche SDO-Anfragen. Das Resüme: Ausgezeichnet.

Konsequente Haltung

Die Mörfelder Sozialdemokraten haben einen beachtlichen Vorstoß unternommen, um der Umweltgefährdung Einhalt zu gebieten. Sie sind sich darüber bewußt, daß nicht nur Raffinerien oder chemische Werke gefährliche Emissionen haben, sondern auch viele private Schornsteine blasen Verbrennungsrückstände von Öl und Kohle in die Luft. Nun fordern sie die Prüfung, inwieweit man es den künftigen Bewohnern im Baugebiet „Steinweg-Nord" vorschreiben kann, entweder Elektrospeicherheizung zur Beheizung ihrer Wohnungen zu verwenden oder sich an ein Fernheizwerk anschließen zu lassen. Eine Forderung, die sicher manchen nicht schmecken wird, die aber einen Wald von Schloten verhindert. So bleibt nur zu hoffen, daß diese Absicht realisiert werden kann. -kw-

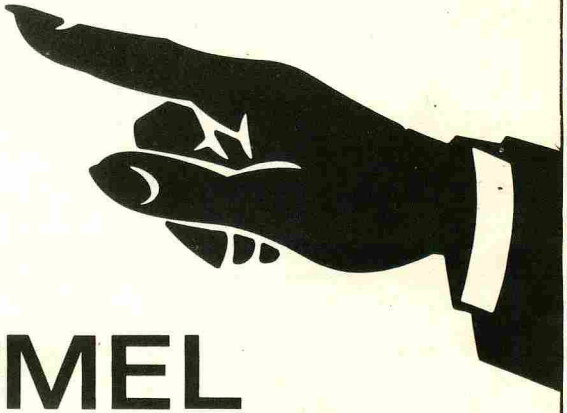
Am 8. 1. 71 brachte der Freitags-Anzeiger diese Meldung. Mittlerweile hat sich unser Industriegebiet ganz schön gemausert. Die Folge: auch dort werden tüchtig Ölheizungen installiert, nur mit viel größerem Ausmaß als im Wohngebiet.
Beispiel: Allein der Nordsüd-Nürnbergerbund hat eine Anlage eingebaut, mit 4,5 Millionen Wärmeeinheiten. Diese Dimension entspricht ca. 200 Einfamilienhäusern. Dazu kommen die anderen Firmen, wie Albrecht, Garny usw.
Die Konsequenz der SPD müßte eigentlich auch dort Einhalt gebieten. — Ob die Konsequenz aber dazu ausreicht?

Wärme nach Bedarf
MIT Nachtstrom-Speicheröfen



● völlig unproblematisch
● sehr wirtschaftlich
Die Heizung der Zukunft

Lassen Sie sich unverbindlich beraten



KARL DAMMEL

Mörfelden - Bahnhofstraße 6—8 · Telefon 2010 und 2349

Heizungsbau, Öl- und Gasfeuerung

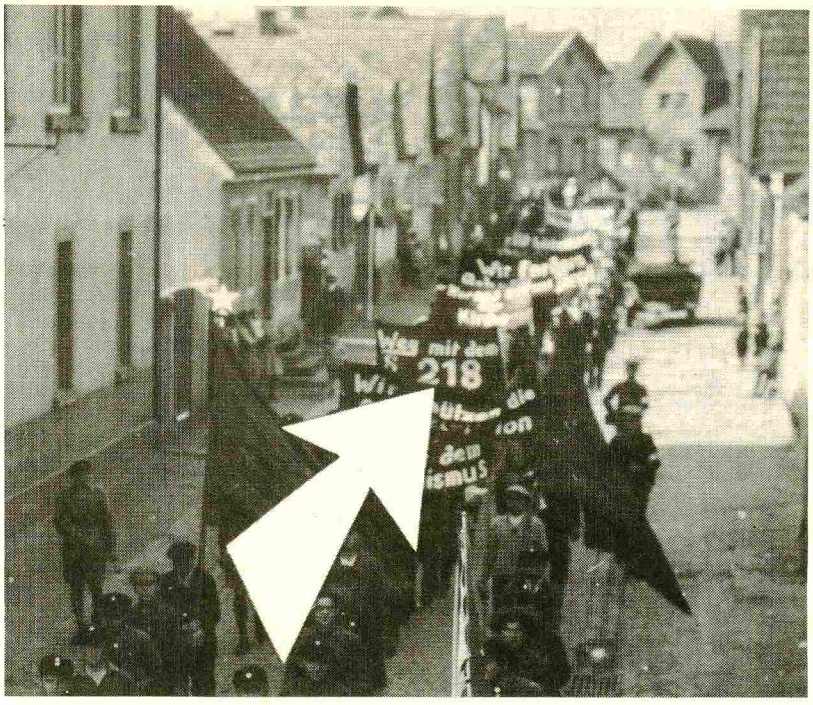
Batterietanks aus Kunststoff
1100, 1600 Liter

Erdtanks aus Kunststoff
bis 16000 Liter

KARL DAMMEL

Mörfelden
Am Schlichter 40
Telefon 2279

Mörfelden gestern



Weg mit dem § 218

Ein aktuelles Bild aus dem Jahre 1931. Mörfelder Einwohner demonstrieren am 1. Mai durch die Frankfurter Straße. Auf einem Transparent wird gefordert: „Weg mit dem Paragraphen 218".

Mit einer Volksaktion gegen den Paragraphen 218 des bürgerlichen deutschen Strafgesetzbuches erreichte im Frühjahr 1931 der damals ein Jahrzehnt lang von der KPD geführte Kampf für eine durchgreifende Reform des staatlichen Mutter- und Kinderschutzes einen Höhepunkt. Innerhalb weniger Wochen fanden in ganz Deutschland über 1 500 Massenversammlungen statt und wurden etwa 800 örtliche Aktionskomitees gebildet, denen auch demokratische Intellektuelle und linke bürgerliche Kräfte angehörten.
Heute, 40 Jahre danach, fragen wir uns:
Wann kommt endlich die Streichung des unsozialen Paragraphen 218? Warum wartet die Regierung mit der Lösung dieses brennenden Problems, das unzähligen zumeist armen Menschen so sehr am Herzen liegt? Wir, die Kommunisten, fordern als Minimum die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten. Für Leute, bei denen 1 000,– DM und mehr keine Rolle spielen, hat das Problem ohnehin noch nie eine Rolle gespielt.

ANTON ZIEGLER

Bau- und
Möbelschreinerei

MÖBELHANDLUNG

MÖRFELDEN

Bahnhofstraße 21 - Tel. 06105-2586

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

ERNA KLUG

med. Fußpflege

Mörfelden, Am Schlichter 40, Telefon 3081
Auf Wunsch Hausbesuche

DKP für Verteidigung der demokratischen Rechte

Die Angriffe auf die DKP und andere demokratische Organisationen haben sich verschärft. Im Widerspruch zu den Verfassungsrechten werden Kommunisten, Mitglieder des Marxistischen Studentenbundes Spartakus und auch Jungsozialisten diskriminiert sowie durch faktische Berufsverbote verfolgt.

Es bestätigt sich die Erfahrung, daß sich der Antikommunismus nicht nur gegen Kommunisten, sondern letztlich gegen alle Demokraten richtet.

Die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten ist ein Grunderfordernis des erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte.

(Aus den Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP)

In zwei Monaten zehn neue Mitglieder für die DKP in Mörfelden

Nach dem Düsseldorfer Parteitag der DKP mußten sich viele großbürgerliche Zeitungen zu der Feststellung durchringen: „Die Kommunisten sind wieder wer". Doch warum das so ist, warum die DKP erstarkt und trotz Hetze, Schikanen und Verbotsdrohungen zu einem politischen Faktor wurde, können die Zeitungen nicht erklären.

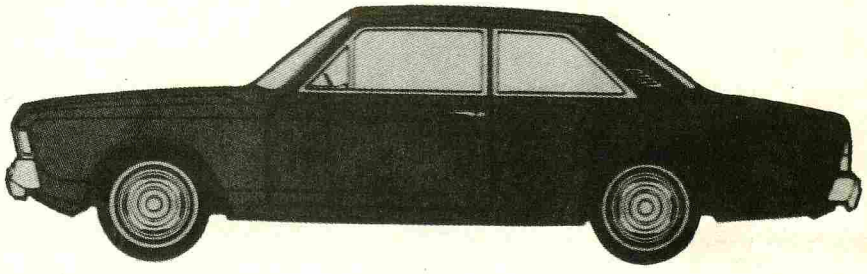
Sie wollen nicht zugeben, daß die DKP die einzige Partei in derBRD ist, die sich von den Lebensansprüchen aller vom Großkapital Ausgebeuteten leiten läßt, die allein in der Lage ist, Vorschläge zur Sicherung der Kaufkraft, der Arbeitsplätze, zur Stabilisierung der Wirtschaft und Währung, für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus zu machen.

Die DKP ist die Kampfpartei der Mehrheit unseres Volkes gegen die Millionäre, für die der Profit alles, die Interessen der Arbeitenden aber nichts bedeuten.

Die DKP ist die Partei der Jugend.
Fast alle Neuaufgenommenen sind junge Arbeiter, Lehrlinge und Studenten.

In Mörfelden erhielt die DKP allein in den letzten *zwei* Monaten zehn neue Mitglieder (unser Bild: Überreichung von Mitgliedsbüchern).

Schulmeyer pflegt in unserem Ort gut und preiswert Ihren Ford



Ford

Autohaus Schulmeyer
Ihr Ford-Händler
Inh. Horst Murawski
Mörfelden, Gerauer Straße 6—8, Telefon 2218

ARAL

Wir beraten Sie jeder Zeit gerne über
das Opel Kadett-, Rekord- und
Admiral-Programm

OPEL-DIENST
M.W. ZWILLING

Mörfelden
BP-Tankstelle - Abschleppdienst
Telefon 06105/2229

REKORD II
DIE NEUE GENERATION

Kameras aller Art
Entwickeln
und Vergrößern
im eigenen Labor
Schnell und preiswert

FOTO
BRAUN

Versicherungen aller Art

Sie werden gut beraten bei
Heinrich Schulmeyer
Mörfelden - Frankfurter Straße 87
Generalagentur

Bitte abtrennen und einsenden an:

R. Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3

Der „blickpunkt", die Informationen der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an.
Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 1396 Kreissparkasse Groß-Gerau, bei R. Dötsch, Schumannstraße 3, oder bei jedem Mitglied der DKP Mörfelden entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

☐ für ein Jahr ☐ für ein halbes Jahr

Name: Anschrift:

In eigener Sache

Der „blickpunkt" erscheint jetzt monatlich. Jeden Monat erreicht er sämtliche Haushalte.
Wir fragen Sie:
Gibt es einen besseren Werbeträger für Inserenten in Mörfelden?
Was im „blickpunkt" steht wird wirklich gelesen. Dafür erhalten wir täglich neue Beweise.
. . . und noch etwas: auf Wunsch gestalten wir Ihre Anzeige und beraten Sie in allen Fragen der Anzeigenwerbung. Wenn Sie im „blickpunkt" inserieren wollen, dann schreiben Sie uns. Fordern Sie unverbindlich unsere Anzeigenpreisliste an.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22; Druck: Eigendruck